

Sächsische Zeitung

Jahrgang 213

für Anhalt und Thüringen.

1920 Nr. 493

Bezugspreis: für Berlin und umliegende Bezirke monatlich 1 Mk. 1,00, vierteljährlich 3 Mk. 2,50, halbjährlich 6 Mk. 5,00, jährlich 12 Mk. 10,00. Postzusatz je nach Postbezirk. Ausland: 1,50 Mk. monatlich. Einzelhefte 10 Pf. — Adressänderungen: 25 Pf. — Druckkosten: 25 Pf.

Morgen-Ausgabe
Donnerstag, 4. November

Anzeigenpreis: Die Spalte 10 mm breit, 10 mm hoch, 100 Zeilen. Der 1. Tag 100 Pf., der 2. Tag 80 Pf., der 3. Tag 60 Pf., der 4. Tag 50 Pf., der 5. Tag 40 Pf., der 6. Tag 30 Pf., der 7. Tag 20 Pf., der 8. Tag 15 Pf., der 9. Tag 10 Pf., der 10. Tag 8 Pf., der 11. Tag 6 Pf., der 12. Tag 5 Pf., der 13. Tag 4 Pf., der 14. Tag 3 Pf., der 15. Tag 2 Pf., der 16. Tag 1 Pf., der 17. Tag 1 Pf., der 18. Tag 1 Pf., der 19. Tag 1 Pf., der 20. Tag 1 Pf., der 21. Tag 1 Pf., der 22. Tag 1 Pf., der 23. Tag 1 Pf., der 24. Tag 1 Pf., der 25. Tag 1 Pf., der 26. Tag 1 Pf., der 27. Tag 1 Pf., der 28. Tag 1 Pf., der 29. Tag 1 Pf., der 30. Tag 1 Pf., der 31. Tag 1 Pf., der 32. Tag 1 Pf., der 33. Tag 1 Pf., der 34. Tag 1 Pf., der 35. Tag 1 Pf., der 36. Tag 1 Pf., der 37. Tag 1 Pf., der 38. Tag 1 Pf., der 39. Tag 1 Pf., der 40. Tag 1 Pf., der 41. Tag 1 Pf., der 42. Tag 1 Pf., der 43. Tag 1 Pf., der 44. Tag 1 Pf., der 45. Tag 1 Pf., der 46. Tag 1 Pf., der 47. Tag 1 Pf., der 48. Tag 1 Pf., der 49. Tag 1 Pf., der 50. Tag 1 Pf., der 51. Tag 1 Pf., der 52. Tag 1 Pf., der 53. Tag 1 Pf., der 54. Tag 1 Pf., der 55. Tag 1 Pf., der 56. Tag 1 Pf., der 57. Tag 1 Pf., der 58. Tag 1 Pf., der 59. Tag 1 Pf., der 60. Tag 1 Pf., der 61. Tag 1 Pf., der 62. Tag 1 Pf., der 63. Tag 1 Pf., der 64. Tag 1 Pf., der 65. Tag 1 Pf., der 66. Tag 1 Pf., der 67. Tag 1 Pf., der 68. Tag 1 Pf., der 69. Tag 1 Pf., der 70. Tag 1 Pf., der 71. Tag 1 Pf., der 72. Tag 1 Pf., der 73. Tag 1 Pf., der 74. Tag 1 Pf., der 75. Tag 1 Pf., der 76. Tag 1 Pf., der 77. Tag 1 Pf., der 78. Tag 1 Pf., der 79. Tag 1 Pf., der 80. Tag 1 Pf., der 81. Tag 1 Pf., der 82. Tag 1 Pf., der 83. Tag 1 Pf., der 84. Tag 1 Pf., der 85. Tag 1 Pf., der 86. Tag 1 Pf., der 87. Tag 1 Pf., der 88. Tag 1 Pf., der 89. Tag 1 Pf., der 90. Tag 1 Pf., der 91. Tag 1 Pf., der 92. Tag 1 Pf., der 93. Tag 1 Pf., der 94. Tag 1 Pf., der 95. Tag 1 Pf., der 96. Tag 1 Pf., der 97. Tag 1 Pf., der 98. Tag 1 Pf., der 99. Tag 1 Pf., der 100. Tag 1 Pf.

Frankreich muß nachgeben

Das deutsche Privateigentum bei den Alliierten

* Basel, 3. November.

Der Pariser Berichterstatter der „Völk. Nachr.“ faßt das Ergebnis der französischen englischen Verhandlungen bezüglich des englischen Verdicts auf das Beschlagnahmeverbot auf deutschem Eigentum dahin zusammen, daß die englische Regierung der französischen kein Verwehren ausgedrückt hat, und daß sie auf ihrem ursprünglichen Standpunkt verharret; das deutsche Privateigentum sei also in England geschützt und muß darum auch in den anderen Staaten geschützt werden, die mit Deutschland Handel treiben wollen oder müssen; hierzu geböre Frankreich. Zu der Weiterentwicklung seines Standpunkts aufrechtzuerhalten, heißt das „Journal“. Diese Note bedeutet entweder nichts oder daß England Frankreich nachgeben hat. Der Ton der französischen Presse gegen England zeigt die starke Verkümmung. Die Londoner Blätter schreiben: Es sei fider, daß als Folgen der Ver-

handlungen zwischen Paris und London bald eine Zusammenkunft der Sachverständigen der Wiedergutmachungskommission mit deutschen Sachverständigen, wahrscheinlich in Brüssel, stattfinden werde. Hieran wird sich eine Konferenz, ähnlich wie die in Spa, wahrscheinlich in Genf, anschließen.

Die Holzlieferungen an Frankreich

b. Mannheim, 3. November.

Wie die „F. P.“ erzählt, konnten sich die deutschen Vertreter bei den Verhandlungen in Paris mit den französischen Vertretern bisher nur über die für die erste Wiedergutmachungsrate in Frage kommende Holzmenge verständigen, die im ersten Halbjahr 1921 zu liefern ist und 1 Million Kubikmeter betragen soll. Davon liefern etwa 15 Prozent Rohholz sein, der Rest aus Holzgeräten, Holzschwämmen und Schnittware bestehen. Eine Verständigung über die weitgehenden Qualitätsanforderungen Frankreichs und besonders über die Preise sind bisher unmöglich gewesen.

Oesterreichs Vormundschaft

Parteilichkeit hat Oesterreich zugrunde gerichtet. Namentlich in der Beamtenfrage sind diese Mängel zutage getreten. Man hat Stellen mit Beamten besetzt, die unfähig waren, ihre Arbeit zu leisten. Deshalb mußten ihnen wieder Stillschüsse beigegeben werden, und das Ende vom Liede ist, daß jetzt tatsächlich bei einer Bevölkerungszahl von nur 6 Millionen über 800 000 Pensionen, Bezüge und deren Familien, „vom Staate leben“. Dazu kommen noch etliche Hunderttausende, die nicht direkt als Staatsangestellte zu betrachten sind, aber durch ihre sogenannte Vermittlerfähigkeit dem armen Staat jährlich Milliarden kosten. Mit diesen Worten kann man sagen, daß ein Sechstel der Gesamtbevölkerung vom Staate lebt, ein weiteres Sechstel ist indirekt von ihm, ein drittes Sechstel arbeitet nicht, lebt aber aufrecht auf, wovon, das wissen nur die Beamten, der Rest der sind die, welche weiterarbeiten, allerdings nicht mehr, um die Pflichten oder Schmarotzer zu erhalten, als um ihr eigenes arbeitsloses Leben zu fristen.

Da keine Regierung vorhanden ist, die stark genug wäre, Ordnung zu schaffen, hat die Entente in Form der Reparationskommission sich einfach in die rein inneren Verhältnisse Oesterreichs eingemischt und „Vorklänge“ gemacht, die bei der notorischen Unfähigkeit des Rändchens Befehlen gleich zu achten sind. Wie erniedrigend diese Situation für den angeblich selbständigen Staat ist, das empfindet der wirklich deutsche Teil der Bevölkerung mit tiefer Befähigung, ist aber zusehends noch viel zu schmächtig, um dem Selbstbewußtsein und der Würde des Staates entsprechend zu handeln. Das kleine Unkraut hat es weit besser verstanden, sein nationales Ansehen sich zu wahren! Und deshalb wurde es von der bisherigen österreichischen Regierung in solch unheimlicher, das eigene Land schädigender Weise angefaßt und herausgefordert.

Zunächst hat die Reparationskommission, die sich durch Oesterreichs Verfallenden aus wie ein Vormund Ändern dem Lande herabgelassen, auf die Verminderung der öffentlichen Beamtenzahl hingewirkt. Wenn man bereits hinsichtlich der dabei nicht nur die Staatsbeamten, sondern auch die Kommunalbeamten, da ja doch große Defizit der Städte auch meist auf die viel zu hohe Beamtenzahl zurückzuführen ist. Namentlich Wien bietet in dieser Beziehung ein erschreckendes Beispiel.

Die Art, wie man sich dieser überflüssigen Beamten am Staats- oder Stadtkasse entziehen kann, ist auch angegeben. Zunächst sollen die Pension erhalten, auf die sie im letzten Jahr Anspruch haben würden, dann soll an sie Rand verteilt werden, um die Grenzproduktion von Lebensmitteln zu erhöhen, zumal in Oesterreich genügend Rand besteht, das bis heute noch nicht ausgenutzt wurde, und drittens soll die Auswanderung dieser überflüssigen Beamten staatlich gefördert und unterstützt werden.

Der letztere Vorschlag ist eine beabsichtigte Schmäderung Oesterreichs. Es wäre besser gewesen, zu verlangen, daß alle nicht rein deutschen Beamten entlassen werden sollten. Das hätte volklich genügt, da sich eine Unmenge inoffizieller Beamten in Oesterreich eingemischt haben. Im Reichslandbesitz würde man solche deutschen Beamten auch nicht dulden, obwohl dort jetzt immer ein toller Erlass für die deutsche Loyalität und Bewusstseinshaftigkeit zu finden ist. Wird diese Maßnahmenänderung tatsächlich ins Werk gesetzt, so verliert Oesterreich nur deutsche Elemente und behält dafür zweifelhafte Halbidee.

Von allen wirklich staatsfeindlichen, das heißt also, daß bürgerlichen Elementen wurde es mit Freuden begrüßt, daß die Entente auch endlich mit dem Unfug der jetzigen Volkshetze brechen will, die das verarmte Land jährlich eine Milliarde verdrüben Millionen kostet. Bei der Entlassung dieser Leute würde sogar die Auswanderung derselben zu begünstigen. Seit sich doch täglich, daß es sich in Wien bei einem großen Teil dieser feierlichen Volkshetze nur um eine kommunistische Subversion handelt, die in der Kaiserne ein „Flüchtlinglager“ für kommunistische Ungarn errichtet hat. Dortin hat man in Wien wühlende bürgerliche Ungarn geschleppt und in grauenhaftester Weise mißhandelt, wie gerade jetzt wieder ein Fall in die Öffentlichkeit gedrungen ist. Aber die bisherige Regierung mit dem ausgeprochen kommunistischen Einfluß hat solche fürchterlichen Zustände stillschweigend gebildet. Wien würde daher anfangen, wenn die Volkshetze gebrochen und durch eine kleine Gruppe ersetzt würde, die ihre Pflicht als Schutz zu erfüllen.

Der Schwerpunkt des sogenannten Memorandums der Reparationskommission gibt es in dem Satz, daß endlich die „Arbeit ausbrücken der Oesterreicher in Arbeit ausbrücken muß“. Es ist traurig bestellt mit einem Staat, dessen keine Feinde ihm dies erst erkennen müssen. Da bisher nur von Arbeit geredet, aber nichts geleistet wurde.

Der Bericht wird betont, daß die Entente nicht nur eine Finanzhilfe einwerbe. Die Kräfte, die Oesterreich dann stellen müßte, um diese finanzielle Hilfe wirksam zu machen.

Ein vollständiger Sieg Harding

Das vorläufige Ergebnis der Wahl

w. Wähen, 3. November.

Die republikanischen Führer schätzen die von Harding erzielte Mehrheit auf 400 000 Stimmen. Nach neueren Berechnungen weisen die einflussreichen Wahlberichte darauf hin, daß Harding eine bisher noch nicht erzielte Mehrheit erzielt hat.

Der republikanische Kandidat Harding hat, soweit Ergebnisse aus einzelnen Staaten vorliegen, bisher in folgenden Staaten eine Stimmenmehrheit auf sich vereinigt, nämlich: Arizona 371, in Kalifornien 8559, in Colorado 873, in Connecticut 30 352, in Delaware 292, in Florida 2579, in Illinois 16 828, in Iowa 18 828, in Maine 35 171, in Massachusetts 31 241, in Michigan 17 788, in Montana 12 421, in New Hampshire 1052, in New Jersey 17 788, in New York 263 548, in Ohio 23 720, in Pennsylvania 8770, in Vermont 2676 und Westvirginia 1046. Dagegen hat der Demokrat Cox an Stimmenmehrheiten auf sich vereinigt in: South 11 882, in Kentucky 18 404, in Mississippi 101, in Missouri 292, in Oklahoma 775, in Tennessee 1713.

Insgesamt hat also an Wahltagen der Republikaner Harding in 19 Staaten 547 310 und der Demokrat Cox in 6 Staaten 31 307 Stimmen mehr.

Die Verteilung der Stimmen an der Wahl war sehr groß. Die „Daily Mail“ aus New-York meldet, worden bereits in folgenden Staaten Kombinationen über die Zusammenfassung des neuen Kabinetts angesetzt. Das Department des Innern werde Hoover, dem früheren Leiter des Büros für Lebensmittelforschungen zum Europa, angehören. Das Staatssekretariat für das Weisere werde Bennett, der frühere Postminister in San Francisco, werden, wobei wahrscheinlich zum Postminister in San Francisco ernannt werden.

Roth Weismann aus New-York befindet sich bei der Wahl die Wahlidentifizierungsbildung des Beschlagnahmeverbotes wegen Verletzung des Spionagegesetzes abhört. Dieses hat den Verkauf der Waffen mit rotem Interesse verfolgt. Die Behörden des Geheimdienstes hielten ihn über die einzelnen Teilergebnisse auf dem Laufenden.

b. Marion (Ohio), 3. November.

Roth Weismann seiner Wahl zum Präsidenten erziehen werden auf seinem Vollen und Teil, zu Xänen gerührt, folgende Anrede: „Ich habe gerufen, mit Xänen gearbeitet und habe mich immer bemüht, Xänen gegenüber mit vollständiger Ehrlichkeit zu handeln; wenn das Schicksal mich nun zum Präsidenten bestimmt, so möchte ich gegenüber allen Wählern ein solches Verhalten einzuhalten.“

Erhöhung der Eisenbahntarife

b. Berlin, 3. November.

Nach dem „N. Z.“ tritt morgen der Sachverständigenrat des Reichstages für Tariffragen usw. im Reichsverkehrsministerium zu einer Sitzung zusammen, in der die Möglichkeit oder Notwendigkeit besprochen werden soll, die Personen- und Güterverkehrsstarife auf der Eisenbahn zu erhöhen. Da das Ansuchen der Verböderungsgebührende in seiner Weise mit allen Anzeichen der Materialpreise Schritt gehalten hat, ist zu erwarten, daß der Sachverständigenrat einer Erhöhung zustimmen wird. Demnach dürfte die Frage besonderer Karten zu erhöhten Preisen für bringende Berufstätigen u. a. berührt werden.

Wie die Hohenzollern „abgefunden“ werden

(Von unserem Sonderberichterstatter)

b. Berlin, 3. November.

Der Rechtsanspruch der Preussischen Landesherren in Bezug auf die Hohenzollern hat bei der Vorlage über die amtschließenden allgemeinen Ausweise nach der Vertreter des Finanzministeriums noch folgende Mitteilung.

Am Januar 1910 hatte der König eine Million holländische Gulden erhalten, im August 1910 1,198 Millionen Mark und im Februar 1911 1,198 Millionen Mark. Von dem Grundbesitzverkauf in der Hohenzollern hat der König 40 Millionen Mark erhalten, die zum Teil für den Kauf des Schlosses Coesfeld verwendet worden sind. Für dieses Schloss sind im März 1910 auch die Grundbesitzgegenstände geliefert worden. Der Verkauf des Schlosses hat dem König ein Vermögen von 100 Millionen Mark gebracht. Die Hohenzollern haben bis zum 1. Juli 1910 ihre Abgaben aus der Kronsteife und ihrer aus dem Grundbesitz erhalten, jetzt aber nur noch zwei Drittel der früheren Höhe.

Wärten nur wirtschaftliche sein. Oesterreich müsse vom Augenblick der Ollie an sich nur der wirtschaftlichen Wiederaufrichtung widmen. Politik zu treiben, welche von dieser Richtung ablenkt. (Anm.: Anschlag an Deutschland) oder die eigene wirtschaftliche Bewegung in sich selbst, sei ein Luxus, den sich nur reiche Länder gönnen dürfen.

Um das durch Waren- und Geldbreite ganz von der Entente abhängige Oesterreich noch mehr zu isolieren, wird verlangt, daß eine Notenbank durch privates Kapital mit Ollie ausländischer Valuta errichtet werde. Also auch hier wieder die Entente als Verächterin des Großkapitalismus, der einstigen, wirklich bestehenden „Internationalen“. Die Einzelheiten bezüglich dieser Notenbank seien von jenen Personen festzusetzen, welche das Kapital hergeben, und deshalb gehe es nicht an, den Wünschen dieser Personen vorzugreifen. Der Staat hat also nichts darin zu sehen, sondern muß sich eigenen Großvaterlichen Willkürvergehenden unterordnen. Eine eigentümliche Republik!

- Das Memorandum hat acht „Begehren“, die sich mit folgenden „Vorstellungen“ befassen:
1. Brennstoffbeschaffung;
 2. Wasserkräfte, Elektrifizierung;
 3. Lebensmittellieferung;
 4. Zölle, Zölle, wirtschaftliche Beziehungen zu den Nachbarstaaten;
 5. Arbeiterlöhne und Kollektivverträge;
 6. Erziehung in der Verwaltung;
 7. Monopole;
 8. Meileisen.

Zum Schluß sei noch bemerkt, daß die Mitglieder der Reparationskommission bezüglich der Zukunft Oesterreichs „optimistische Erwartungen“ hegen. Nur die Worte haben Wiener Blätter schon seit zwei Jahren bis zur Widerwärtigkeit ihren Lesern vorgelesen. Im Oesterreich aber begiebt sich der Optimismus darauf, daß Oesterreich eine französische Kolonie ist, die finanziell angelegentlich wird, da die Schwärze in Afrika zu viel Kolonialkapital erfordert.

Der Wiederantritt Oesterreichs kann nur durch eigene Kraft, ohne Normundschaft erfolgen, oder das Land hat seine Selbstständigkeit für immer verloren. Ollie, ja, die braucht es dringen, aber keinen Krieg um den Ollie, wie ihn die Reparationskommission in Wirtschaft anbedeutet. C. . . Wien.

Die Bejahungskosten

Der Hauptbestandteil des Reichsloans trat heute in die Verhandlung über die Ausführung des Friedensvertrages ein. Abg. Dr. Reichert (Deutschland) führte aus, daß die Kosten, die uns die Bejahungstruppen betreffen, unerträglich hoch seien. Die Bejahung werde schwer zu leisten; die Bejahungswilligkeit der Bevölkerung zu machen, aber seine Verhandlungen mit dem Oberbefehlshaber der feindlichen Truppen und der Rheinlandkommission und über die Stellung des Rheinlands dazu; er erlaube dringend, alles zu tun, um die ungeheuren Kosten niedriger zu bringen.

Die anschließende Antwort des Reichsfinanzministers Dr. Baumert trug einen vertraulichen Charakter. Er beantragte, die Kosten für die Bejahung von 20 auf 40 Milliarden zu erhöhen.

Der Minister gab zunächst einen allgemeinen Überblick über die Verhältnisse im besetzten rheinischen Gebiet und über die Ergebnisse seiner letzten Informationsreise. Es sind Verhandlungen mit den maßgebenden Stellen der Bejahungsmächte aufgenommen worden, und es steht zu hoffen, daß auf diese Weise eine Milderung der Bejahungskosten zu erwarten sei. Um diese zu erreichen, sei es erforderlich, auf eine Neuorganisation der Bejahungsmächte hinzuwirken und ferner die Garnitionen endgültig festzusetzen. Der Reichsfinanzminister gab sodann noch nähere Erklärungen über die außerordentlichen Kosten, die bis jetzt erwachsen sind, und die noch zu erwarten seien. Er gab weiter bekannt, daß trotz der erst jüngst erfolgten Erklärung eine weitere Vergrößerung des Geldes erforderlich sei. Neue Forderungen der Bejahungsmächte und des Reichsfinanzministers des ersten halben Jahres verlangten die Erhöhung über die bisher vom Reich für die Kosten der hohen Kommission und die Unterhaltung der Bejahungstruppen im Westland veranschlagten Beträge.

Abg. Dr. (Dem.) fragte ob die Mittel beständen, diese Bejahungskosten des deutschen Volkes zum Gegenstande offizieller Verhandlungen zu machen, ob die finanzreichen Staaten im Ausland bekannt-

lungen zu machen, ob bereits Fühlungsnahme erfolgt sei und was geschehen sei, um die finanzreichen Staaten im Ausland bekannt-

zu machen. Es stellte sich heraus, daß das Auswärtige Amt trotz rechtzeitiger Einladung durch den Ausschuß nicht erschienen war.

Dr. Geffertich (Deutschland) forderte, daß es sich um die schließliche Position des ganzen Staats handele, die Anwesenheit des Ministers der Auswärtigen oder seines Vertreters. Er fragte, ob es bisher nicht möglich gewesen sei, von den Reparationsmächtern genaue Zahlen über die Kosten der Reparation zu erhalten. Wenn die Angabe des Reichsfinanzministers richtig sei, daß Amerika die Kosten seiner 17 000 Mann starken Expeditionstruppen auf täglich 1 200 000 Dollars beziffere, so seien doch rund 40 Millionen Mann unter dem Banner des Reichs 20 Millionen Mann im Jahr für 17 000 Amerikaner; das sei bei einer vollendeten Unmöglichkeit.

Abg. Korfelt (Dem.) beantragte eine Entschädigung, die Verhandlungen mit der Entente auf Verabreichung der Bejahungstruppen mit Rücksicht auf die finanzielle Lage des Reiches festschreibt.

Abg. Frick, Dr. Berner (D. Pl.) verlangte eine ausführliche Erörterung der ganzen Angelegenheit in der Vollversammlung des Reichstages.

Staatssekretär Walter sprach über die Requisitionen, die die verschiedenen Länder verlangen. Der Staatssekretär teilte ferner mit, daß die Requisitionen in Subventionen nicht 3 Millionen, sondern 42 Millionen Mann betragen. Die sämtlichen Bauarbeiten erhöhen sich auf 120 Millionen Mann, da die Kosten des ersten Baujahres bereits 60 Millionen Mann betragen. In den letzten Tagen wurden große Bauarbeiten geleistet, so ein neuer Flugplatz in Mainz, der mit 15 Millionen veranschlagt sei. Außerdem haben die Bahnen bei Baden, Antweiler, Kavallerie- und Artillerie-Lager verlangt, die auf 60 700 000 M. kommen würden.

Von den Pensionsnationalen wurde beantragt, den Reichstag zu erlauben, mit finanzieller Beihilfe eine Denkschrift vorzulegen über die bisher vom Reich für die Kosten des hohen Ausschusses und die Unterhaltung der alliierten und assoziierten Bejahungstruppen im Rheinland verausgabten Beträge.

Die Verhandlungen des Bejahungsausschusses sind jetzt so weit gediehen, daß man in die Beratung der dritten Punkte (Stufe 7-9) eintreten kann. Bei Gruppe 6, die in bekanntlich die Post- und Eisenbahnminister einereicht sind, wurden die grundlegenden Bestimmungen zurückgeführt. Man will diese Bestimmungen zusammen mit Stufe 7 erörtern, die beide unter dem Namen der Bejahungstruppen zusammengefaßt werden. Die mit aus parlamentarischen Kreisen erhalten, dienen die Verhandlungen der Bejahungstruppen über die Bejahungstruppen der Post- und Eisenbahnminister noch mindestens 3 bis 8 Wochen dauern.

Abstimmung in Oberschlesien im März

(Gauunserem Sonderberichterstatter.)

h. Genf, 3. November.

Einer Meldung der „Welt“ zufolge, soll die Volksabstimmung in Oberschlesien am 8. bis 10. März nächsten Jahres stattfinden.

Error!

w. Orléans (Schlesien), 3. November.

Den Blättern zufolge bekommen sich gestern während einer Sitzung des Reichsfinanzkommissionen Arbeiter vor dem Hof. Nachdem eine Abordnung den Bauern wegen der hohen Preise Kornvorräte gemacht hat, drang die Menge in den Saal und schleppte die Kornvorräte auf einen Wagen, der mit Säcken, die Säcken trugen. „Wir sind Hungerer“ und dergl. umhängt vor. Auf den Ring wurden die Pferde ausgespannt und die Wagen unter die Handlungen genommen, den Wagen, auf dem sich die Arbeiter gruppiert hatten, zu ziehen. Schließlich wurden die Wagen wieder freigegeben. Die Wagen sind jetzt nicht ein. (III)

Die weltliche Schule abgelehnt

w. Köln, 3. November.

Die „Köln. Zig.“ meldet aus Gelsenkirchen: Vor Beginn der Städtischen Schulversammlung, deren Hauptpunkt die Einrichtung der weltlichen Schule war, beschloß die Versammlung, die weltliche Schule abzulehnen. Die weltliche Schule ist ein Widerspruch zu den Grundsätzen der christlichen Religion und der deutschen Volksschule. Nach vierstündiger Erörterung wurden die Anträge der Linken auf sofortige Einführung der weltlichen Schule mit 20 gegen 22 abgelehnt. Daraufhin erklärten die Reichstagsmitglieder und die linken Mitglieder der U. S. D., so lange die weltliche Schule fernbleiben zu wollen, bis die weltliche Schule eingestellt sein wird.

Die Brüder reisten zusammen nach Bremerhaven, wo Paul an Bord ging. Am Abend vor ihrer Abreise dorthin sprach Paul sich Jense gegenüber rüchellos aus, und dieser verstand die Seelenkämpfe, die den Bruder aus der Heimat fort und in die Fremde trieben, und billigte seine Entschlüsse. Dieser letzte Abend verlebte die Brüder, die einander bisher innerlich fremd gewesen waren.

„Du hast den richtigen Weg gewählt, um wieder zum inneren Frieden zu kommen, Paul!“ sagte Jense; „die aufreibende Berufsarbeit ist in solchen Fällen das beste Heilmittel, um sich selber wiederzufinden. Wenn du nach einigen Jahren zurückkommst, werden die traurigen Ereignisse dieses Winters wie ein dunkler Traum hinter dich liegen.“

„Ich komme gewiß nie wieder, Jense. Vielleicht und hoffentlich schmiden die neuen Entwürfe und die Arbeit die schreckliche Erinnerung an die Uelade meiner Auswanderung mit der Zeit ein wenig ab; ganz würde ich das Vergehliche, das durch mich ein hilfloses, junges Menschenleben aus und ein, nicht verlieren.“ Mit seiner Antwort würde auch wieder frisch in mir aufstehen und meine Schuld wieder lebendig werden. Ich bleibe am besten drüben. Aber du solltest nun nach Hause zurückkehren, Jense. Der Vater hat doch jetzt nur mehr einen Sohn. Du darfst dich deinen Pflichten nicht länger entziehen.“

„Wenn er mich ruft, komme ich. Verlach dich drauf, ich bin schon seit längerer Zeit mit mir im Reinen,“ erwiderte Jense dreist.

An der Abschiedsstunde mischte er Paul sein Verbleiben wiederholte. „Wenn ich leben bleibe und allen Voraussetzungen entgegen dennoch einmal wiederkomme — möchte ich deine fremden Gefährten auf unserer Scholle leben.“

„Sie schüttelten einander die Hände. „Viel wohl, Jense, ein bravem Weib und werde glücklich in der Heimat.“

„Das Glück kommt aus der Seele. Friede und Aufrichtigkeit sind Glück. Und dieses Glück bedeutet dir auch

Die Abstimmung in England

b. Amsterdam, 3. November.

Dem Mittlen Arbeiterkongress zufolge, sollte die Abstimmung der englischen Arbeiter über die Bejahung der Autonomie Irlands am 2. bis 4. November stattfinden. Die Abstimmung wird von zwei zu eins für die Annahme des Autonomie Irlands ausgefallen.

Autonomie Irlands verlangt

w. London, 3. November.

Im Oberhaus verlangte Lord Curzon die Aufnahme der Unterabteilung über die Angelegenheiten der englischen Truppen in Irland. Der Ausschuss der Abgeordneten unterstützte die Resolution und forderte die Regierung auf, die Unterabteilung größere Energie aufzuwenden, als bisher, um die Unterabteilung die Kontrolle der Regierung. Das Haus verwarf den Antrag für 44 gegen 13 Stimmen den Antrag des Lord Curzon. Das Oberhaus verlangte die vollständige Autonomie Irlands unter Vorbehalt der Kontrolle der Krone, sowie der Angelegenheiten durch das britische Parlament.

Der Parteitag der Kommunisten

2. Verhandlungstag.

Vorsitzender P. J. eröffnete die heutige Sitzung um 9 Uhr mit der Mitteilung, daß die Tagung heute zu Ende geführt werden soll.

Es wird dann in die Ausprobier über Punkt 8 der Tagesordnung Bericht über den 2. Kongreß der 3. Internationalen gegeben. Der Bericht stellt ein Antrag, die 3. Internationale als Kampfbündnis der 3. Kommunistischen Internationale nicht anzuerkennen.

Als erste Vorkonferenz nimmt Frau Wolfenbützel das Wort und erläutert einen kurzen Bericht über die erste internationale Frauenkonferenz, die am 2. Kongreß der 3. Internationalen in Moskau stattgefunden hat. Zum Wort über die 3. Internationale in ein besonderes Frauenkongress, der in der 3. Internationale in Moskau stattgefunden hat, überläßt er Frau Wolfenbützel. Frau Wolfenbützel hat dann einen Bericht über die erste internationale Frauenkonferenz, die am 2. Kongreß der 3. Internationalen in Moskau stattgefunden hat, überläßt er Frau Wolfenbützel. Frau Wolfenbützel hat dann einen Bericht über die erste internationale Frauenkonferenz, die am 2. Kongreß der 3. Internationalen in Moskau stattgefunden hat, überläßt er Frau Wolfenbützel.

Die nächste Tagesordnungspunkte sind die Beschlüsse der 3. Internationalen über die Bejahungstruppen. Die Beschlüsse der 3. Internationalen über die Bejahungstruppen sind die Beschlüsse der 3. Internationalen über die Bejahungstruppen.

Die Beschlüsse der 3. Internationalen über die Bejahungstruppen sind die Beschlüsse der 3. Internationalen über die Bejahungstruppen.

Die Beschlüsse der 3. Internationalen über die Bejahungstruppen sind die Beschlüsse der 3. Internationalen über die Bejahungstruppen.

Die Beschlüsse der 3. Internationalen über die Bejahungstruppen sind die Beschlüsse der 3. Internationalen über die Bejahungstruppen.

Die Beschlüsse der 3. Internationalen über die Bejahungstruppen sind die Beschlüsse der 3. Internationalen über die Bejahungstruppen.

Die Beschlüsse der 3. Internationalen über die Bejahungstruppen sind die Beschlüsse der 3. Internationalen über die Bejahungstruppen.

Die Beschlüsse der 3. Internationalen über die Bejahungstruppen sind die Beschlüsse der 3. Internationalen über die Bejahungstruppen.

Die Beschlüsse der 3. Internationalen über die Bejahungstruppen sind die Beschlüsse der 3. Internationalen über die Bejahungstruppen.

Die Beschlüsse der 3. Internationalen über die Bejahungstruppen sind die Beschlüsse der 3. Internationalen über die Bejahungstruppen.

Die Beschlüsse der 3. Internationalen über die Bejahungstruppen sind die Beschlüsse der 3. Internationalen über die Bejahungstruppen.

Die Beschlüsse der 3. Internationalen über die Bejahungstruppen sind die Beschlüsse der 3. Internationalen über die Bejahungstruppen.

Die Beschlüsse der 3. Internationalen über die Bejahungstruppen sind die Beschlüsse der 3. Internationalen über die Bejahungstruppen.

Die Beschlüsse der 3. Internationalen über die Bejahungstruppen sind die Beschlüsse der 3. Internationalen über die Bejahungstruppen.

Die Beschlüsse der 3. Internationalen über die Bejahungstruppen sind die Beschlüsse der 3. Internationalen über die Bejahungstruppen.

Die Beschlüsse der 3. Internationalen über die Bejahungstruppen sind die Beschlüsse der 3. Internationalen über die Bejahungstruppen.

Die Beschlüsse der 3. Internationalen über die Bejahungstruppen sind die Beschlüsse der 3. Internationalen über die Bejahungstruppen.

Die Beschlüsse der 3. Internationalen über die Bejahungstruppen sind die Beschlüsse der 3. Internationalen über die Bejahungstruppen.

Die Beschlüsse der 3. Internationalen über die Bejahungstruppen sind die Beschlüsse der 3. Internationalen über die Bejahungstruppen.

Anna Wiffens Traum

Roman von Margarete Böhm.

(Moderat verlesen.)

Jens schloß eine Welle: er knippte sichlich mit dem immer noch lebendigen Verlangen nach Made. „Schel!“ sagte er endlich düster. „Ich will dir kein Verbleiben und kein Gelübde abnehmen.“ Ich will verbleiben, in Mariannens Sinn mit dir zu reden. . . Die . . . die hätte dir vergeblich Paul Bartels, die war zu gut und zu sonst für dies brutale Verbleiben; deshalb erwiderte es sie . . .

„Willst du mir nicht die Hand geben, Jens?“ fragte Paul gedrückt. Jens schüttelte den Kopf.

„Das kann ich nicht, weil nur dein Selbstgelübde und nicht an anderen mit, noch du an und verbleibend, hast, Paul Bartels. . . Dann sind wir quitt. Adieu.“

Zwei Wochen nach Mariannens Verbleiben fiel in das Dunkel des einsamen Seelenhauses wieder ein schwacher Lichtstrahl. Jens meldete den Eltern sein mit dem ersten Charakter befindendes Eramen. Bald darnach erhielt er in einem Wartsaal in der Nähe seiner Heimat eine Botschaft.

Auch Paul Bartels hatte sein Eramen hinter sich. Einer seiner Professoren hatte ihm eine Empfehlung an einen diesem persönlich bekannten englischen Arzt in London gegeben, die ihm wie er hoffte, sofort einen Wirkungsreis schenken würde.

Vor seiner Abreise nach England besuchte er seinen Bruder auf Schiffmannskanzlei. Jense war von Pauls Entschluß, nach Indien zu gehen, ebenso überrascht gewesen wie alle anderen ihm näherstehenden Personen. Zuerst bedachte er Paul die Wunschänderung als lächerlich, aber bald vertrat sich entschlossen über darauf hinzielende Bemerkungen und Jense, der wohl nicht, daß irgendein geheimnisvoller Wandel verändertert ihm und seiner Absicht annehmen las, fand deshalbo von weiten Andeutungen in seinem Sinne ab.

Alle und Umgebung

Call. 4. November.

Andere Kriegsgefangenen in Sibirien

Auf dem Wege zur Heimat.

Der deutsche Kriegsgefangenenlager Kommando in Sibirien hat die Befreiung unserer deutschen Kriegsgefangenen in Sibirien in den letzten Tagen des Jahres 1919 begonnen. Die Befreiung unserer deutschen Kriegsgefangenen in Sibirien ist ein Ereignis, das die Aufmerksamkeit der Welt auf sich gezogen hat. Die Befreiung unserer deutschen Kriegsgefangenen in Sibirien ist ein Ereignis, das die Aufmerksamkeit der Welt auf sich gezogen hat. Die Befreiung unserer deutschen Kriegsgefangenen in Sibirien ist ein Ereignis, das die Aufmerksamkeit der Welt auf sich gezogen hat.

Zur Vermeidung der Klage wird in juristischer Hinsicht gefordert, daß die Erklärung des Senats sich nach außen hin in die Form einer Anbahnung des Senats zu richten ist, die als solche auch im letzteren Teile der Universität zur Kenntnis gebracht werden soll. Die Befreiung seien sich aber bemußt gemacht, daß ihnen eine Disziplinargelde gegen einen außerordentlichen Professor bewahrt werden soll. Es werden in dieser Hinsicht folgende Bemerkungen zu machen sein. Die Erklärung des Senats ist vom 1. Oktober d. J. monach der Spruch des Senats, „wie von allen Beteiligten anerkannt war, einhalten“ ist, wird zur Begründung der Klage eine Einweisung der Klage gegen den Senat in die gerichtliche Klage rechtlich als § 228 BGB. (Vertrag gegen die guten Sitten) und § 224 BGB. (Kreditfähigkeit) geltend.

Diesem Ausföhrungsbescheid des Professorkollegiums steht eine umfangreiche gedruckte Einweisung des Professors Nicolai bei. Die gerichtliche Klage des Landgerichtes I ist darauf gerichtet, daß das „Urteil“ in der Universität aufgehoben habe und diese daher der Wechselschlichter der unvollständigen Verhandlung sei. Die 8. Zivilkammer des Landgerichtes I hat Termin zur gütlichen Verhandlung auf den 18. Dezember des Jahres zur Verhandlung angesetzt.

Rechtlich hat Professor Nicolai selbst die Entscheidung des Senats hinsichtlich seiner Würdigung zur Fortsetzung seiner Lehrtätigkeit angetreten und sich bereit erklärt, die aus dieser Entscheidung erfließenden Folgen der Universität gegenüber auf sich zu nehmen.

Wie der Senat in seiner Antwort auf den Ertrag des Kultusministeriums vom 10. März 1920 hervorhebt, erklärte Professor Nicolai am 25. Januar 1920 schriftlich, daß er unter der Bedingung, daß die Universität sich bereit erklärt, die aus dieser Entscheidung erfließenden Folgen der Universität gegenüber auf sich zu nehmen, die Lehrtätigkeit in der Universität fortzusetzen wird.

Kur in diesem Sinne hat er — so führt der Senat in seiner Antwort an den Kultusminister weiter aus — den Ertrag des Senats anerkannt. Kur in diesem Sinne ist der auch von der Universität angeordnete Senat in Tätigkeit getreten. Er hat seine Disziplinargelde gegen den Senat nicht auf sich zu nehmen und sich bereit erklärt, die aus dieser Entscheidung erfließenden Folgen der Universität gegenüber auf sich zu nehmen.

Volkswirtschaftlicher Teil

Berliner Metallnotierungen:
Berlin 3. November. Preise für 100 kg an Mark.
Raffinierter Kupfer 88-100
Org.-Hütten-Alumin. im Walzdraht-Ordn. 300-350
Org.-Hütten-Wechblei 88-95
Hüttenzinn 90-100
Hüttenblei 90-100
Hüttenzink 90-100
Hüttenblei 90-100
Hüttenzink 90-100
Hüttenblei 90-100
Hüttenzink 90-100

Berliner Borsenberichte:
Letzte Devisenkurse. Berlin, 3. November.
Brüssel-Anwerpen . . . 161,85
Paris . . . 121,75
Lissabon . . . 1068,10
Lima . . . 1068,10

Samilien-Nachrichten:
Der Senat hat die Befreiung unserer deutschen Kriegsgefangenen in Sibirien in den letzten Tagen des Jahres 1919 begonnen. Die Befreiung unserer deutschen Kriegsgefangenen in Sibirien ist ein Ereignis, das die Aufmerksamkeit der Welt auf sich gezogen hat.

Belgiumsklage McColais gegen den Berliner Rektor und Senat:
Der Professor McColais hat die Befreiung unserer deutschen Kriegsgefangenen in Sibirien in den letzten Tagen des Jahres 1919 begonnen. Die Befreiung unserer deutschen Kriegsgefangenen in Sibirien ist ein Ereignis, das die Aufmerksamkeit der Welt auf sich gezogen hat.

Provinz Sachsen

Der Senat in seiner Antwort auf den Ertrag des Kultusministeriums vom 10. März 1920 hervorhebt, erklärte Professor Nicolai am 25. Januar 1920 schriftlich, daß er unter der Bedingung, daß die Universität sich bereit erklärt, die aus dieser Entscheidung erfließenden Folgen der Universität gegenüber auf sich zu nehmen, die Lehrtätigkeit in der Universität fortzusetzen wird.

Kur in diesem Sinne hat er — so führt der Senat in seiner Antwort an den Kultusminister weiter aus — den Ertrag des Senats anerkannt. Kur in diesem Sinne ist der auch von der Universität angeordnete Senat in Tätigkeit getreten. Er hat seine Disziplinargelde gegen den Senat nicht auf sich zu nehmen und sich bereit erklärt, die aus dieser Entscheidung erfließenden Folgen der Universität gegenüber auf sich zu nehmen.

Die Befreiung unserer deutschen Kriegsgefangenen in Sibirien ist ein Ereignis, das die Aufmerksamkeit der Welt auf sich gezogen hat. Die Befreiung unserer deutschen Kriegsgefangenen in Sibirien ist ein Ereignis, das die Aufmerksamkeit der Welt auf sich gezogen hat. Die Befreiung unserer deutschen Kriegsgefangenen in Sibirien ist ein Ereignis, das die Aufmerksamkeit der Welt auf sich gezogen hat.

Die Befreiung unserer deutschen Kriegsgefangenen in Sibirien ist ein Ereignis, das die Aufmerksamkeit der Welt auf sich gezogen hat. Die Befreiung unserer deutschen Kriegsgefangenen in Sibirien ist ein Ereignis, das die Aufmerksamkeit der Welt auf sich gezogen hat. Die Befreiung unserer deutschen Kriegsgefangenen in Sibirien ist ein Ereignis, das die Aufmerksamkeit der Welt auf sich gezogen hat.

Volkswirtschaftlicher Teil

Berliner Metallnotierungen:
Berlin 3. November. Preise für 100 kg an Mark.
Raffinierter Kupfer 88-100
Org.-Hütten-Alumin. im Walzdraht-Ordn. 300-350
Org.-Hütten-Wechblei 88-95
Hüttenzinn 90-100
Hüttenblei 90-100
Hüttenzink 90-100
Hüttenblei 90-100
Hüttenzink 90-100
Hüttenblei 90-100
Hüttenzink 90-100

Berliner Borsenberichte:
Letzte Devisenkurse. Berlin, 3. November.
Brüssel-Anwerpen . . . 161,85
Paris . . . 121,75
Lissabon . . . 1068,10
Lima . . . 1068,10

Samilien-Nachrichten:
Der Senat hat die Befreiung unserer deutschen Kriegsgefangenen in Sibirien in den letzten Tagen des Jahres 1919 begonnen. Die Befreiung unserer deutschen Kriegsgefangenen in Sibirien ist ein Ereignis, das die Aufmerksamkeit der Welt auf sich gezogen hat.

Belgiumsklage McColais gegen den Berliner Rektor und Senat:
Der Professor McColais hat die Befreiung unserer deutschen Kriegsgefangenen in Sibirien in den letzten Tagen des Jahres 1919 begonnen. Die Befreiung unserer deutschen Kriegsgefangenen in Sibirien ist ein Ereignis, das die Aufmerksamkeit der Welt auf sich gezogen hat.

Belgiumsklage McColais gegen den Berliner Rektor und Senat:
Der Professor McColais hat die Befreiung unserer deutschen Kriegsgefangenen in Sibirien in den letzten Tagen des Jahres 1919 begonnen. Die Befreiung unserer deutschen Kriegsgefangenen in Sibirien ist ein Ereignis, das die Aufmerksamkeit der Welt auf sich gezogen hat.

Belgiumsklage McColais gegen den Berliner Rektor und Senat:
Der Professor McColais hat die Befreiung unserer deutschen Kriegsgefangenen in Sibirien in den letzten Tagen des Jahres 1919 begonnen. Die Befreiung unserer deutschen Kriegsgefangenen in Sibirien ist ein Ereignis, das die Aufmerksamkeit der Welt auf sich gezogen hat.

Belgiumsklage McColais gegen den Berliner Rektor und Senat:
Der Professor McColais hat die Befreiung unserer deutschen Kriegsgefangenen in Sibirien in den letzten Tagen des Jahres 1919 begonnen. Die Befreiung unserer deutschen Kriegsgefangenen in Sibirien ist ein Ereignis, das die Aufmerksamkeit der Welt auf sich gezogen hat.

Belgiumsklage McColais gegen den Berliner Rektor und Senat:
Der Professor McColais hat die Befreiung unserer deutschen Kriegsgefangenen in Sibirien in den letzten Tagen des Jahres 1919 begonnen. Die Befreiung unserer deutschen Kriegsgefangenen in Sibirien ist ein Ereignis, das die Aufmerksamkeit der Welt auf sich gezogen hat.

Belgiumsklage McColais gegen den Berliner Rektor und Senat:
Der Professor McColais hat die Befreiung unserer deutschen Kriegsgefangenen in Sibirien in den letzten Tagen des Jahres 1919 begonnen. Die Befreiung unserer deutschen Kriegsgefangenen in Sibirien ist ein Ereignis, das die Aufmerksamkeit der Welt auf sich gezogen hat.

Belgiumsklage McColais gegen den Berliner Rektor und Senat:
Der Professor McColais hat die Befreiung unserer deutschen Kriegsgefangenen in Sibirien in den letzten Tagen des Jahres 1919 begonnen. Die Befreiung unserer deutschen Kriegsgefangenen in Sibirien ist ein Ereignis, das die Aufmerksamkeit der Welt auf sich gezogen hat.

Belgiumsklage McColais gegen den Berliner Rektor und Senat:
Der Professor McColais hat die Befreiung unserer deutschen Kriegsgefangenen in Sibirien in den letzten Tagen des Jahres 1919 begonnen. Die Befreiung unserer deutschen Kriegsgefangenen in Sibirien ist ein Ereignis, das die Aufmerksamkeit der Welt auf sich gezogen hat.

